

Angela Merkel: Herr Bundeskanzler, Sie sind **führungsschwach** und Ihren Aufgaben nicht gewachsen

Rede der Parteivorsitzenden
und Vorsitzenden der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion in der
Generaldebatte des Deutschen
Bundestags über den Bundes-
haushalt am 4. Dezember





Verlässlichkeit ist innenpolitisch und außenpolitisch wichtig. Roman Herzog hat nicht ohne Bedacht gesagt, wir hätten in Deutschland eine handfeste Vertrauenskrise. Wir haben nicht nur Politikverdrossenheit, sondern wir haben eine Krise des Vertrauens in Deutschland. Ohne das Vertrauen der Bürger aber werden Sie keinen einzigen Bürger davon überzeugen, dass Veränderungen in unserem Land notwendig sind. Wenn Sie wirklich ein einsichtiger und großer Bundeskanzler hätten werden wollen, dann hätten Sie sich heute hier hingestellt, hätten sich bei den Deutschen für Ihren Wahlbetrug entschuldigt und hätten gesagt, Sie beriefen sich auf den Sachverstand und Sie seien bereit, mit der Opposition jedes Jahr einmal zu messen, wie weit Deutschland vorangekommen sei. Dann hätten wir es nicht nötig gehabt, noch einmal das auf die Tagesordnung zu bringen, was wir im Untersuchungsausschuss auf die Tagesordnung bringen müssen.

Tagelang war Berlin angesichts der für heute erwarteten Rede in eine größere Aufregung versetzt. Herr Bundeskanzler, ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe für die Menschen im Lande gehofft, dass die für heute angekündigte große Rede auch wirklich eine große Rede werden würde, eine Rede, bei der die Menschen bei allem Streit, den wir haben müssen, eine Linie und ein wenig Licht am Ende des Tunnels hätten erkennen können. Was Sie uns dann aber geboten haben – besonders beeindruckend in den Passagen, bei denen Sie geradezu gerührt haben –, war im Grunde der Eindruck, dass da ein Mann mit dem Rücken an der Wand steht und nichts weiter kann, als die Opposition zu verdächtigen, zu verleumden und in ein schlechtes Licht zu rücken.



Die heute verkündeten Arbeitslosenzahlen spielen bei Ihnen überhaupt keine Rolle

Deutschland hat in diesen Tagen eine Sehnsucht nach Führung, nach Verlässlichkeit und vor allem – das wäre erst einmal ein Beginn – nach Wahrnehmung der realen Situation, wie sie in unserem Lande besteht. Bei Ihnen haben die heute verkündeten Arbeitslosenzahlen überhaupt keine Rolle gespielt. Ich weiß nicht, ob die 4 Millionen Menschen Sie interessieren. Ich weiß nicht, was in Ihnen vorgeht – das muss ich Sie ganz ehrlich fragen –, wenn es heute über 200 000 mehr

sind als vor einem Jahr. Ich weiß nicht, ob Sie sich innerlich damit auseinander setzen, dass der Anstieg gegenüber Oktober dreimal so hoch war wie sonst im Durchschnitt der letzten zehn oder 20 Jahre. Das interessiert aber die Menschen. Damit hier nun nicht wieder gesagt wird, wir würden das Land schlecht reden, darf ich einmal zitieren. Sie haben ja langsam einen Tunnelblick in Bezug auf das, was die Realität in diesem Lande ausmacht.

Herr Schrempf, immerhin einer Ihrer geschätzten Gesprächspartner – ich habe nichts dagegen, der Mann hat für viele Arbeitsplätze in diesem Land gesorgt –, ist angesichts der Lage sprachlos. Herr Scholl von Merck kann sich nicht erinnern – und das sind nicht meine Worte –, dass es je „eine solche Perversion von Wahlversprechen“ gegeben habe. Herr Haupt von Tengelmann sagt, Deutschland sei führungslos.

■ *Hören Sie genau zu; Sie müssen sich schon mit der Realität in diesem Land auseinander setzen.*

Der Vorstandsvorsitzende von Merck sagt: Wir sind bestraft, dass wir so lange am Standort Deutschland festgehalten haben. – Der Chef von Infineon sagt: Wir werden uns schwer tun, in Deutschland noch zu investieren. – Tausende und Abertausende andere sagen gar nichts mehr, sie handeln einfach und lassen ihr Kapital außer Landes wandern. Das ist die Wahrheit über Deutschland in diesen Tagen.

Herr Bundeskanzler, hinter dem steht, was in den letzten Jahren passiert ist: Die Menschen haben Sie inzwischen durchschaut. Sie glauben Ihnen nicht mehr, weil sie wissen, dass alles, was Sie einmal sagen, kaum berechenbare Halbwertzeiten hat, dass dies manchmal nicht einmal die Dauer einer Unterrichtung überlebt – ich erinnere nur an die Sache mit dem Fuchs: Spürpanzer oder Transportpanzer? –, dass sich die Autoren Ihrer Vorschläge schneller von allem verabschiedet haben, als Sie gucken können, weil sie sehen, dass Sie das alles nicht richtig umsetzen. Ihre eigene Glaubwürdigkeit ist verloren gegangen. Das ist für die Führung eines Landes einer der größten Verluste, die passieren können.

Nun gibt es in dieser ganzen Sache eine neue Platte, die da heißt: „Zerstörung meiner sozialen Integrität“. Diese Platte spielen Sie dann gleich als Ehepaar; ich möchte mich dazu nicht weiter äußern.

Im Wahlkampf haben Sie begonnen, die Wirtschaft in diesem Land zu beschimpfen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, können Sie sich eigentlich noch erinnern, was Sie den Menschen in diesem Lande schon alles zugemutet haben? Von 1998 bis 2000 waren Sie stolz, „Genosse der Bosse“ genannt zu werden. Danach hatten wir einen Sommer der „ruhigen Hand“. Im Wahlkampf dann haben Sie begonnen, die Wirtschaft in diesem Lande zu beschimpfen, und sie als „fünfte Kolonne der Opposition“ bezeichnet. Diejenigen, welche die Arbeitsplätze in diesem Lande schaffen, sind in den Augen des Herrn Bundeskanzlers die „fünfte Kolonne der Opposition“. Sie haben in diesem Zusammenhang auch noch von „Kettenhun-

den“ und „Helfershelfern“ gesprochen. Und, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, als Sie gerade etwas Oberwasser im Wahlkampf hatten, waren Sie es, der – ich hätte mir eine solche Aussage zweimal überlegt – dem Wettbewerber im Wahlkampf die Führungsfähigkeit für dieses Land abgesprochen hat.

Sie haben damit eine Schärfe in die Debatte gebracht, die es bisher im Wahlkampf nicht gegeben hat. Deshalb: Beklagen Sie sich bitte nicht über die Zerstörung Ihrer sozialen Integrität. Sie haben die Stimmung angeheizt. Schon nach der Wahlniederlage in Sachsen-Anhalt sind Sie zu unser aller großem Erstaunen aus einer Präsidiumssitzung der SPD gekommen mit den Worten: „Er oder ich!“ – Wo Sie Recht haben, haben Sie Recht: Sie oder wir, Stillstand oder Fortschritt, Staat oder Freiheit, Belastung oder Entlastung, Täuschung oder Verlässlichkeit, das sind die Alternativen in diesem Lande. Um diese Alternativen geht es.

■ *Wissen Sie, was die Leute besonders gut leiden können? Das ist Ihr dauerndes Grinsen und Lachen auf der Regierungsbank.*

Natürlich leben wir in einer Zeit, in der sich alles verändert. Ich glaube, in einem sind wir uns einig: Diese Veränderung beschreiben wir gemeinsam mit Globalisierung. Nur bezüglich der Frage, was wir denn angesichts dieser Globalisierung machen, gibt es einen grundsätzlichen Unterschied. Für Sie ist das so etwas wie höhere Gewalt. Für Sie ist das die Grundlage für Ausreden nach dem Motto, dass es nicht anders sein kann. Für uns ist es eine Chance, eine Hoffnung auf die richtigen Veränderungen mit den richtigen Wirkungen für die Menschen im Lande.

Sie spüren, dass die Menschen Ihnen das mit der höheren Gewalt und der Globalisie-

rung nicht abnehmen, weil sie sehen, dass sich die Dinge in anderen Ländern besser entwickeln. Herr Bundeskanzler, wann hat es das eigentlich gegeben, dass man in einem Nachbarland von Deutschland eine Wahl deutlich gewinnt, weil man sagt: So wie in Deutschland soll es bei uns nicht werden! Das ist doch nun wirklich Ausdruck der Tatsache, dass andere Länder wissen, sie können es anders machen als Deutschland. Dies ist der Unterschied zwischen uns und den anderen: Dort weiß man um die Gestaltungsmöglichkeiten und handelt. Sie gestalten Politik eben nicht.

Nehmen Sie Abstand von der Pauschaldiffamierung aller Verbände in diesem Land

Herr Bundeskanzler, nun haben Sie in den letzten Tagen viele Interviews gegeben und sich mit dem Gemeinwohl befasst. Sie haben einen Gegensatz zwischen den Partikularinteressen, den Einzelinteressen und dem Gemeinwohl beschrieben. Sie haben gesagt: Ich muss mir den Freiraum dafür erkämpfen, dass ich das Gemeinwohl gegen die Einzelinteressen durchsetzen kann.

Ich möchte Sie als Erstes bitten, dass Sie von dieser Pauschaldiffamierung aller Verbände in diesem Land ein Stück Abstand nehmen. Es gibt viel ehrenamtliches Engagement, ohne das wir in diesem Land nicht auskommen würden.

Ich frage Sie: Was tritt denn eigentlich an die Stelle der von Ihnen so verfeimten Verbände? Wer soll denn, bitte schön, das Gemeinwohl definieren? Ich gewinne hier den Eindruck, dass an die Stelle aller Verbände nur noch einer tritt, der die Definitionshoheit, also sozusagen den Alleinvertretungsanspruch hinsichtlich des Gemeinwohls hat,

und das ist der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Das hielte ich nun wirklich für fatal. Hierbei machen wir mit Sicherheit nicht mit.

Herr Müntefering leitet ein: Weniger für den privaten Konsum ausgeben und dem Staat das Geld geben, damit die Kasse stimmt! – Herr Gabriel in Niedersachsen tönt dazu: Die Menschen verballern immer noch Millionen zu Silvester. Auch dies könnte dem Staat zufließen. – Ich werde jetzt meine überschüssigen Wunderkerzen abgeben, die ich noch zu Hause in der Schublade habe. Vielleicht hilft es ja. Ministerpräsident Beck möchte natürlich auch dabei sein. Zitat: „Beinahe würde ich mit Asterix sagen: Die spinnen – nicht die Römer, sondern in dem Fall die Deutschen.“ Wir sind ganz kurz davor, dass wir mit Bertolt Brecht fragen müssen: Wäre es nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes? Das sind Ihre Maxime und wohl Ihre Hoffnung, Herr Bundeskanzler. Nun weiß auch ich, dass wir uns natürlich um das Gemeinwohl kümmern müssen.

Wir wollen den Wettbewerb um die beste politische Lösung

Die Definition des Gemeinwohls steht im Übrigen – das sage ich auch – keiner Person zu, sondern das Gemeinwohl entsteht in einer Demokratie, wenn Parteien in einem fairen Wettstreit um die beste politische Lösung ringen. Genau an diesem fairen Wettstreit werden wir uns beteiligen.

Deshalb müssen wir einmal überlegen: Was sind eigentlich unsere Maßstäbe dafür, wie wir vorgehen wollen? Herr Bundeskanzler, ich habe mir viel Mühe gegeben, vor dieser Rede einmal zu überlegen: Was könnte denn ein Maßstab oder eine verlässliche

Grundlage sein, auf der wir hier miteinander darum ringen können: Tun wir das Richtige? Tun wir das Falsche? Wie sind unsere Ideen zu bewerten?

Ich habe gedacht, ein Fundament könnte doch sein: Wenn sich eine Bundesregierung einen Sachverständigenrat beruft – das tut sie selbst und gibt eine Menge Geld dafür aus –, dann könnten wir uns in diesem Haus doch einfach einmal über die Ratschläge der Sachverständigen unterhalten und fragen: Wie steht welche Partei zu dem Ratschlag der Sachverständigen? Nun bin ich gestern Abend natürlich wieder in leichte Depression verfallen; denn der Herr Stiegler, der heute gar nicht mehr richtig auf Deck darf, hat uns gesagt, dass alles das, was von Leuten mit Professorentitel kommt, irgendwie Geschwätz ist. Sie haben sich diese Meinung nicht zu Eigen gemacht, Sie haben das aber auch nicht zurückgenommen. Ich vertraue weiterhin darauf, dass die von Ihnen berufenen Sachverständigenräte hinreichend Neutralität haben – drei der Professoren sind übrigens in der SPD –, sodass wir uns darüber unterhalten können.

Nach Meinung des Sachverständigenrats kann nur ein konsequenter Steuersenkungskurs die Not in diesem Land wenden

Der Sachverständigenrat setzt sich gleich im ersten Punkt damit auseinander, wie es weitergehen muss, und mit der Frage, warum wir eine Wachstumskrise haben. Ich unterstelle jetzt einmal den Fall: Wir können uns noch darauf verständigen – da bin ich mir bei den Grünen leider nicht so sicher –, dass Wachstum ein Schlüssel für eine gute Entwicklung dieser Gesellschaft ist. Dazu sagt der Sachverständigenrat, dass nur ein kon-

sequenter Steuersenkungskurs die Not in diesem Land wenden kann.

Dieser Steuersenkungskurs müsse sicherlich mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, aber gleichzeitig auch mit einer Senkung der Steuersätze verbunden sein. Sie verbreitern die Bemessungsgrundlage, aber Sie erhöhen die Steuern, statt sie zu senken – glatte Fehlentscheidung gegenüber der Empfehlung des Sachverständigenrats! All die Steuererhöhungen, die Sie vorhaben, erschließen sich ohnehin kaum noch – für Hundefutter bleibt die Mehrwertsteuer bei 7 Prozent; kriegt die Kuh Futter, gilt ein höherer Mehrwertsteuersatz –; ich weiß nicht, ob Sie das alles besser verstehen. Ich bin Physikerin. Mir ist das zu hoch.

Opposition als Helfer gegenüber dem Unsinn der Regierung – diese Rolle nehmen wir gerne an

Es scheint aber auch in den Reihen der SPD schwer verständlich zu sein; denn unsere schleswig-holsteinischen CDU-Kollegen haben einen flehenden Brief der Landwirtschaftsministerin aus Schleswig-Holstein bekommen, nach dem sie sich doch dafür einsetzen möchten, dass die Erhöhung der Besteuerung von Baumschulen in Schleswig-Holstein verhindert wird. Die Opposition sozusagen als tatkräftiger Helfer gegenüber dem Unsinn der Regierung – diese Rolle nehmen wir gern an, Herr Bundeskanzler.

Nun kommen wir mal zu der im Augenblick ja in aller Munde befindlichen Vermögensteuer. Unbeschadet dessen, dass eine Kompensation dafür, dass die Vermögensteuer nicht mehr erhoben wird, bereits erfolgt ist, gibt es jetzt den Vorschlag, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Ganz

vornweg sind dabei Herr Gabriel und Herr Bökel, die ja unter besonderem Druck stehen

Jetzt sage ich Ihnen ganz einfach: Das können wir tun. Wir werden das so machen, dass wir Gesetzentwürfe mit dem Ziel der Außerkraftsetzung des Torsos der bundesweiten Grundlage zur Erhebung der Vermögensteuer einbringen – das werden wir im Bundesrat tun, damit sich Herr Gabriel auch gleich dazu äußern kann –, und darin werden wir ausdrücklich regeln, dass der Bund auf seine Kompetenz, diese Steuer zu erheben, verzichtet. Dann können die Länder zuschlagen, wo immer sie wollen.

Herr Bundeskanzler, als Herr Gabriel, der Ministerpräsident in Niedersachsen, davon gehört hat, hat er gleich gesagt, so gehe das nicht; denn wenn das gemacht werde und Niedersachsen die Steuer erhöhe, führte das dazu, dass sich das Kapital aus Niedersachsen in andere Bundesländer verflüchtige, was er nicht wolle. Herr Bundeskanzler, was für das Verhältnis von Niedersachsen zu Nordrhein-Westfalen oder Bayern gilt, das gilt auch für das Verhältnis von Deutschland zu Österreich und Holland. Bei der Globalisierung geht so etwas eben nicht.

Das Schlimme an Ihren Maßnahmen: dass Sie nicht an Wachstum glauben

Es ist abenteuerlicher Unsinn, eine Steuer zur Finanzierung der Bildung erheben zu wollen. Ich sage Ihnen: Die niedersächsischen Schüler hätten mehr davon, wenn Sie die Tausenden von Beamten, die Sie zur Erhebung der Vermögensteuer brauchen, als Lehrer in Niedersachsen anstellen würden. Dann hätten sie in den nächsten zwei Jahren wenigstens vollen Unterricht.

Das eigentlich Gravierende, das an all Ihren Maßnahmen deutlich wird, ist, dass Sie

nicht an Wachstum glauben. Sie glauben nicht daran, dass man auch auf anderem Weg mehr Geld in die Kasse bekommen kann als dadurch, unentwegt an der Steuerschraube zu drehen. Und das tun Sie auch noch in einer Art und Weise, die all diejenigen bestraft, die versuchen, für die Risiken ihres Lebens Vorsorge zu tragen. Es kommt derjenige gut durch, der auf den Bahamas alles verjubelt hat oder der sein Geld jeden Abend in der Kneipe verprasst.

Wir werden dran bleiben und eine Steuerreform ausarbeiten, die transparent und für die Bürger verständlich ist

Schlecht weg kommen hingegen diejenigen, die Anteile kaufen, die in Fonds anlegen, die Aktien kaufen oder Lebensversicherungen abschließen. Sie alle werden geschröpft. Das ist der falsche Weg, wenn Sie, wie Frau Göring-Eckardt beteuert, mehr Eigenverantwortung wollen.

Ich hätte erwartet, von Ihnen heute wenigstens eine mittelfristige Vision dazu zu hören, wie man aus diesem Steuerkuddelmuddel wieder herauskommt. Es gibt in unserer Gesellschaft vielerlei Versuche, zum Beispiel von Herrn Professor Kirchhof, mit einer durchschlagenden Steuerreform die Akzeptanz der Bürger für das, was in Deutschland passiert, zu erhöhen. Wir haben uns davon nicht verabschiedet. Wir werden dranbleiben und werden eine Steuerreform ausarbeiten, die einfach, transparent und für die Bürger verständlich ist. Wenn Sie nicht mitmachen, dann legen wir alleine einen Vorschlag dazu vor.

Ein weiterer großer Komplex über den Sie heute gesprochen haben und der auch im Sachverständigengutachten behandelt wird,

ist der Arbeitsmarkt. Deutschland hat nicht nur weniger Wachstum als die meisten Länder um uns herum, unser Land braucht auch ein besonders hohes Wachstum, bevor hier neue Arbeitsplätze entstehen. Es wäre ein ganz ehrenwertes Ziel, wir würden es schaffen, dass wie in anderen Ländern auch bereits bei einem Wachstum von 1,5 Prozent neue Arbeitsplätze entstehen und nicht erst bei einem Wachstum von 2,5 Prozent. Wie ist das zu schaffen? Sie versuchen das mit dem Hartz-Konzept.

Wenn Sie den Vorschlag von Hartz wenigstens eins zu eins umsetzen würden! Aber Sie müssen ja sogar aufpassen, dass Ihnen Herr Hartz nicht das Gebrauchsrecht für den Namen entzieht, weil er selber so unzufrieden ist.

Sorgen Sie dafür, dass es nicht so viele Insolvenzen gibt

Ich sage Ihnen: Wir müssen die Selbstständigkeit fördern. Dazu reicht es aber nicht aus, durch die Zusammenlegung von zwei schon bestehenden Banken eine neue Bank zu gründen. Dazu müssen vor allen Dingen die Sparkassen beitragen, von denen ich, wie Sie, der Meinung bin, dass sie ihre Arbeit machen müssen. Man braucht auch nicht die Ausrede Basel II heranzuziehen. Aber da die konjunkturelle Lage in unserem Land im Moment so ist, dass es 40 000 Insolvenzen gibt, ist offensichtlich auch die Berechenbarkeit für die Vergabe von Krediten für die deutschen Bankinstitute schlechter geworden. Sorgen Sie deshalb dafür, dass es nicht so viele Insolvenzen gibt; dann können die Banken auch wieder bessere Kredite vergeben. Das ist die Wahrheit, Herr Bundeskanzler.

Sie werden mit der verquasteten Ich-AG keine neuen Arbeitsplätze und keine Regulierung auf dem Arbeitsmarkt schaffen.

Das deutsche Handwerk ist froh, dass seine Berufe endlich aus der Definition herausgenommen wurden, und der Bundesfinanzminister ist bis heute noch nicht in der Lage, einen Steuersatz dafür festzulegen. Was soll das also für eine Institution sein? Deshalb fordern wir – auch Friedrich Merz hat das gestern gesagt –: Wir brauchen eine richtige Förderung aller Selbstständigen durch weniger Bürokratie und durch die Abschaffung des Scheinselbstständigkeitsgesetzes.

Das wäre heute ein offenes Wort von Ihnen wert gewesen. Unsere Zustimmung wäre Ihnen sicher.

■ *Hören Sie zu, Herr Poß, bevor Sie wieder schreien: Nichts, nichts, nichts!*

Ich komme auf die Entlastung im Dienstleistungsbereich in Zeiten der Globalisierung zu sprechen. Sie schlagen uns Folgendes vor: Wenn Sie die Tür von innen wischen, gibt es 500 Euro. Das ist die eine Sorte der Beschäftigung. Eine andere Sorte von Beschäftigung ist: Wenn Sie die Tür von außen streichen, wird nach dem alten 630-DM-Gesetz bezahlt. Eine dritte Sorte von Beschäftigung ist: Wenn Sie das Schloss an der Tür durch jemanden von der Personal-Service-Agentur reparieren lassen, wird nach Verdi-Tarif und möglichst noch nach BAT bezahlt. – Das ist die Wahrheit Ihrer Entbürokratisierung. Dazu haben wir wirklich bessere Vorschläge.

Wagen Sie doch den mutigen Sprung im Bundesrat! Die Türen sind doch gar nicht verschlossen. Ich weiß gar nicht, wovon Sie da die ganze Zeit geredet haben. Im Bundesrat ist alles an den Vermittlungsausschuss überwiesen worden. Nichts ist blockiert oder abgelehnt worden. Morgen findet die Sitzung statt. Dann überlegen wir einmal, was gut für Deutschland ist.

Herr Bundeskanzler, Sie legen sich ja derzeit mit jedem in Deutschland an, aber in der „Zeit“ haben Sie als Erstes erklärt, dass dies mit den Gewerkschaften nicht nötig ist. Nun haben Sie uns heute umfänglich das Konzept bei der Leih- und Zeitarbeit erläutert: ein Riesenpaket von Tarifverhandlungen mit allen möglichen Abstufungen nach oben und unten. Können Sie mir einmal erklären, warum es in Deutschland nicht möglich ist, für eine begrenzte Zeit, maximal zwölf Monate, einfach den Betrieben, den Entleiherinnen und den Leihern zuzutrauen, sich ohne ein riesiges Paket von abgestuften Tarifverträgen und Regelungen einigen zu können? Das muss doch in diesem Land möglich sein.

All diese umständlichen Regelungen, die uns jetzt beim Kampf zwischen den Branchengewerkschaften wieder ereilen werden, ob hier Verdi, die IG Chemie oder die IG Metall tätig werden darf, beschließen Sie doch nicht, weil Sie sie für richtig halten. Das wissen wir doch: Nicht einmal Herr Clement hält sie für richtig; bei den anderen weiß ich das nicht. – Das ist schlicht Ihr Dankeschön für die Unterstützung der Gewerkschaften, die von ihrer Parteionabhängigkeit abgewichen sind und die Sozialdemokraten in diesem Wahlkampf unterstützt haben. Das ist die reine Wahrheit. Es geht nicht um die Menschen, sondern um ein einfaches Dankeschön.

Wir sollten die Möglichkeit eröffnen, mit den Arbeitgebern betriebliche Bündnisse für Arbeit zu schließen

Jetzt kommt wieder unsere Alternative. Globalisierung bedeutet, dass die betriebliche Realität viel vielfältiger wird, als das in der Industriegesellschaft der Fall war. Weil das so ist, sagen wir: Wenn es um die Sicherung von Beschäftigung geht, dann sollten

wir im Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsräten die Möglichkeit eröffnen, mit den Arbeitgebern betriebliche Bündnisse für Arbeit zu schließen, gegen die die Tarifpartner bei einem begründeten Widerspruch Einspruch erheben können.

Ihre Antwort auf alles: Regulierung durch den Staat

Ich frage Sie: Warum trauen Sie das den Menschen nicht zu? Sie haben es im Übrigen dort, wo Sie als Helfer tätig waren, nämlich bei Holzmann, durchgedrückt. Aber wenn es der normale kleine Mittelständler haben will, dann sperren Sie sich, weil Sie eben nicht bereit sind, Flexibilisierung zuzulassen und Vertrauen in die Menschen vor Ort zu setzen. Das ist die Wahrheit: Regulierung durch den Staat ist auf alles Ihre Antwort.

Dies ist übrigens ein Vorschlag des Sachverständigenrates, den Sie nicht umsetzen. Genauso fordert der Sachverständigenrat: Wir müssen schnellstens dahin kommen, dass sich Arbeit lohnt. Wer arbeitet, muss mehr bekommen, als wenn er nicht arbeitet. Dazu brauchen wir flexible Regelungen. Die hessische Landesregierung hat dazu eine entsprechende Initiative in Form des OFFENSIV-Gesetzes im Bundesrat eingebracht. Damit könnte experimentiert werden. Sie haben es aufgehalten, weil Sie im Bundestag dagegen gestimmt haben. Sonst wäre Deutschland weiter.

Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie diesem Gesetz zu! Dann kann es morgen in Kraft treten, und wir gewinnen endlich Spielräume in Deutschland. Darüber hinaus hat sich der Sachverständigenrat richtigerweise mit den sozialen Sicherungssystemen auseinandergesetzt, insbesondere mit dem Gesundheitssystem. Die grundsätzlichen Emp-

fehlungen, die auch ich nicht alle im Detail teile – das sage ich ganz ausdrücklich –, gehen in eine Richtung: mehr Wettbewerb.

Was Sie in der Bundesregierung machen, hat mit Wettbewerb im Allgemeinen wirklich nichts zu tun. Sie haben über die Apotheken gesprochen. Sagen Sie doch bitte einmal die Wahrheit darüber, was Sie bei den Apotheken vorhaben! Haben Sie mit dem Apothekerverband gesprochen und sich das aktuelle Verfahren erklären lassen? Dass sie den Krankenkassen einen Rabatt gewähren müssen, sind die Apotheker bereits gewöhnt. Darüber hinaus sind aber auch Rabatte für den Großhandel und den Arzneimittelhersteller vorgesehen.

Statt Bürokratie abzubauen, schaffen Sie mehr Bürokratie

Abgesehen davon, dass Sie gegenüber der pharmazeutischen Industrie wortbrüchig geworden sind, bleibt es jetzt dem Apotheker überlassen, die unterschiedlichen Rabatte vom Hersteller bis zum Großhändler wieder einzutreiben. Das heißt, Sie schaffen mehr Bürokratie, statt sie abzubauen. Deshalb sind wir dagegen, Herr Bundeskanzler.

Ich weiß nicht, was das Gerede der Frau Bundesgesundheitsministerin über die Vielzahl von Krankenkassen soll. Schließlich hat sich der Markt in diesem Bereich schon ein Stück weit entwickelt. Statt der einst 600 Krankenkassen gibt es nur noch etwas mehr als 300. Das ewige Gerede über die große Zahl der Krankenkassen mit dem Hintergedanken, die AOK werde am besten zu einer Allgemeinen Zentralen Krankenkasse umgestaltet, werden wir nicht mittragen, weil der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen ein Element des Wettbewerbs im Gesundheitswesen darstellen wird.

Mit all unseren Vorstellungen, ob Gesundheit, Arbeitsmarkt oder Steuern, stehen wir – das kann ich sicherlich weitgehend unwidersprochen feststellen – dem von Ihnen einberufenen Sachverständigenrat wohl näher als Sie. Ich wundere mich schon darüber, dass Sie in einem solchen Umfang Steuermittel einsetzen, ohne sich auch nur einmal auf Ihren eigenen Sachverständigenrat zu berufen. Sie könnten zumindest erläutern, warum Sie die Ratschläge nicht annehmen. So aber kann es nicht weitergehen. Dann berufen Sie lieber keine Sachverständigenräte mehr ein, sondern sagen gleich, dass Sie sich selbst genug sind. Das wäre schließlich auch eine Erkenntnis für das deutsche Volk.

Zum Thema Rente. Auch wir haben – das gebe ich wieder ehrlich zu – zu lange gesagt, die Rente sei sicher. Wir haben dann aber 1998 als ersten wichtigen Schritt den demographischen Faktor eingeführt. Wir haben heute bereits über den politischen Umgang miteinander gesprochen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang feststellen: Seinerzeit war das Verhetzungspotenzial gegen die Einführung des demographischen Faktors wider besseres Wissen so groß, dass Sie sich, als Sie die Wahl gewonnen hatten, selbst nicht mehr getraut haben, den demographischen Faktor beizubehalten. Anschließend mussten Sie sogar Herrn Riester entlassen, weil er den blümschen demographischen Faktor nicht erhalten durfte und deshalb so viel Murks machen musste. Das ist die Wahrheit!

Ihre zweite Säule der Rentenversicherung ist die Zapfsäule

Als wir seinerzeit den demographischen Faktor eingeführt haben, haben wir darauf hingewiesen, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Deshalb war es vom Grundsatz

her richtig, dass Sie eine freiwillige private kapitalgedeckte Vorsorge eingeführt haben. Jetzt wollen Sie sie zu einer zweiten Säule der Rentenversicherung weiterentwickeln. Eine zweite Säule der Rentenversicherung haben Sie bereits, nämlich die Zapfsäule. Die funktioniert gut.

Machen Sie aus der privaten Vorsorge wirklich eine zweite Säule

Aber wenn die private kapitalgedeckte Vorsorge wirklich zu einer zweiten Säule weiterentwickelt werden soll, darf man nicht, wie Sie es heute ausgeführt haben – ich habe es genau mitgeschrieben –, sagen: „Vereinfachung, wo notwendig!“. Sie regieren schließlich jetzt und stellen nicht irgendwelche Vorhaben für die Zeit in zehn Jahren vor. Schmeißen Sie doch den gesamten bürokratischen Schrott raus und beschränken Sie sich auf wenige Kriterien; dann wird die private Vorsorge auch wirklich eine zweite Säule! Wir beteiligen uns, Herr Bundeskanzler.

Ich habe im Interesse der Menschen, vor allem der älteren Menschen, eine Bitte. Ich halte das, was die Grünen erreicht haben, zwar für richtig, nämlich dass eine Kommission zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme eingesetzt wird. Als beschwerlich empfinde ich es aber, dass Sie den Chef dieser Kommission nicht davon abhalten können, jedes Wochenende irgendein Interview abzusondern. Noch schlimmer erscheint mir, dass sich nun auch noch jemand aus Ihren Reihen über das „Professorengeschwätz“ und Sonstiges beschwert. Ich möchte mich dazu an dieser Stelle nicht weiter äußern.

Sie müssen schon zum Ausdruck bringen, was Sie wollen, Herr Bundeskanzler. Hat

diese Kommission Ihre Unterstützung oder ist sie nur eine Beruhigungsspiel für die Grünen? Ist es Ihnen eigentlich völlig egal, was bei dieser Kommission herauskommt? Soll in den nächsten zehn Jahren überhaupt etwas passieren, oder wollen Sie weiterhin von Tag zu Tag abwarten? Auf diese Fragen haben Sie heute keine Antwort gegeben. Sie haben nichts, aber auch gar nichts dazu gesagt.

Wir werden Vorschläge auch für eine langfristige Sicherung der Sozialsysteme vorlegen. Die Wahrheit ist: Sachverstand in Deutschland liegt vor. Der von Ihnen eingesetzte Sachverstand ist von mir zitiert worden. Ich sage Ihnen aber: Mit der jetzigen Koalition und insbesondere mit der jetzigen SPD-Truppe können Sie, Herr Bundeskanzler, die notwendigen Reformen in Deutschland nicht auf den Weg bringen. Deshalb sind Sie führungsschwach und den Aufgaben, die heute in Deutschland zur Erledigung anstehen, nicht gewachsen. Das ist die Wahrheit.

Machen Sie eine ordentliche Steuerreform und beteiligen Sie die Kommunen angemessen am Steueraufkommen

Soziale Marktwirtschaft bedeutet auch heute auf der einen Seite wirtschaftliche Effizienz – darüber, dass diese mit Ihnen nicht zustande kommt, habe ich eben gesprochen – und auf der anderen Seite moralische Qualität. Damit komme ich auf gesellschaftspolitische Fragen zu sprechen. Ich möchte ganz klar sagen: Wo immer Frauen und Männer, Väter und Mütter erwerbstätig sein wollen, werden wir sie unterstützen und die Grundlagen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Das ist keine Frage. Aber wir wollen eine Politik, die die Kommunen vor Ort – um

deren Zustimmung müssen auch Sie jetzt buhlen – finanziell in die Lage versetzt, die entsprechenden Aufgaben durchzuführen. Deshalb fordere ich Sie auf: Machen Sie eine ordentliche Steuerreform und beteiligen Sie die Kommunen angemessen am Steueraufkommen! Dann wird sich auch das Kinderbetreuungangebot verbessern. Machen Sie nicht den Umweg über die Ganztagsbetreuung von oben! Das ist Reichszentralismus und entspricht nicht dem, was wir unter Subsidiarität in Deutschland verstehen.

Ihr neuer Generalsekretär will die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ erobern

Sie haben einen neuen Generalsekretär, der auch uns ab und an überrascht. Er hat für die Sozialdemokratie wegweisende Äußerungen – diesen ist bis heute nicht widersprochen worden – über die Notwendigkeit einer kulturellen Revolution gemacht und will die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern. Glauben Sie – ich frage das vor allen Dingen die Grünen – eigentlich ernsthaft, dass deutsche Eltern sehnlichst darauf warten, dass der Generalsekretär Olaf Scholz als Vertreter der deutschen Avantgarde an Ihrer Haustür klingelt, das Kind aus dem Laufstättchen reißt, der Mutter am besten noch ein rotes Stirnband von Che Guevara umbindet und anschließend erklärt, dass es eine Besuchserlaubnis für die Eltern nur noch jeden letzten Montag im Monat gebe, aber auch nur dann, wenn sie vorher auf das Ehegattensplitting verzichteten und nach 20 Uhr aus dem Büro kämen? Solange die Union in Deutschland etwas zu sagen hat, werden wir dafür sorgen, dass sich über deutsche Kinderbetten die deutschen Eltern und sonst niemand beugt. Das ist unser Ansinnen.

In Zeiten der Globalisierung ist es wichtig und notwendig, dass ein Land nicht nur im Innern erfolgreich ist, sondern auch Verlässlichkeit nach außen ausstrahlt. Es ist schon relativ absurd – das ist noch freundlich formuliert –, dass Sie, der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der in schamloser Weise Wahlkampf mit der Kriegsangst der Menschen gemacht hat, es wagen, uns vorzuwerfen, die Diskussion über die Mitgliedschaft der Türkei in der EU werde deshalb geführt, weil wir Wahlkämpfe gewinnen wollten. Das ist absurd und fern der Realität, Herr Bundeskanzler.

Ich finde es bemerkenswert, dass Sie heute nur aufgrund unseres Antrages zu diesem wichtigen Thema etwas sagen.

Der Rat in Helsinki – ich habe es mir inzwischen von Leuten erzählen lassen, die dabei waren – hat in einer Art Überfallaktion und in wenigen Minuten darüber befunden, dass man der Türkei eine Vollmitgliedschaft in Aussicht stellen will. Es gab keine Debatte dort über den jetzigen Zustand, es gab keine Debatte in der Bevölkerung und in diesem Parlament. Heute heißt es: Weil es Helsinki gab, müssen wir natürlich in Kopenhagen weitermachen.

Es war ein Fehler, dass zu wenig Ehrlichkeit in der Türkei-Frage geherrscht hat

Herr Bundeskanzler, das Thema ist in jeder Hinsicht – ich hoffe, Frau Roth ist noch anwesend, damit sie nachher nicht wieder falsches Zeug erzählt – zu ernst. Die Türkei ist in einem komplizierten außenpolitischen und innenpolitischen Prozess. Es darf nicht sein, dass ein großes Land wie Deutschland und die Europäische Union Signale aussenden, die für die Türkei innenpolitisch so ver-

standen werden können, dass wir sie zurückweisen und ihnen falsche Versprechungen machen. Deshalb sage ich Ihnen: Es war ein Fehler, dass in Europa über Jahre zu wenig Ehrlichkeit in der Frage der Türkei geherrscht hat.

Auf das Kohl-Zitat komme ich gleich zu sprechen. Ich wünschte mir, Helmut Kohl wäre immer so oft Ihr Kronzeuge, wie er es heute ist. Dann wären wir in Deutschland weiter, meine Damen und Herren.

Schon die ökonomischen Grundlagen sprechen dafür, dass man sehr vorsichtig sein muss

Die Türkei ist in einem ausgesprochen schwierigen Prozess. Der Internationale Währungsfonds hat massiv stützen müssen, damit die wirtschaftlichen Daten so sind, wie sie sind. Die Türkei hat heute 60 Millionen Einwohner – sie wird in zehn Jahren vielleicht mehr Einwohner haben als wir –, ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 22 Prozent des europäischen Durchschnitts, in diesem Jahr eine Inflationsrate von 40 Prozent und ein Staatsdefizit von 15 Prozent, so dass alleine schon die ökonomischen Grundlagen dafür sprechen, dass man außerordentlich vorsichtig sein muss.

Derzeit – das wissen auch die Grünen – gibt es in der Türkei ein Strafverfahren gegen die Mitarbeiter der politischen Stiftungen. Der Bundespräsident hat sich dankenswerterweise der Sache angenommen. Gegen die Mitarbeiter unserer Stiftungen gibt es massive Gefängnisandrohungen für ganz normale politische Betätigungen. Glauben Sie wirklich, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, der Türkei zu sagen, ab 2004 können wir vielleicht Beitrittsverhandlungen führen?

Sie begeben sich doch in einen unglaublichen Beschleunigungsprozess. Sie stehen doch am Ende unter einem großen Druck. Mit der Begründung, wenn wir es jetzt nicht machen, dann geht in der Türkei die Entwicklung nicht richtig voran, begeben Sie sich in eine Zwangslage, die ich mir für die Europäische Union niemals vorstellen konnte und die ich nicht für richtig halte, meine Damen und Herren. Darüber muss in diesem Hause gesprochen werden.

Herr Bundeskanzler, 1963 ging es um eine Zollunion. 1997 hatten sich die Dinge weiterentwickelt. Die Perspektiven, die Helmut Kohl damals genannt hat, halte ich persönlich immer noch für optimistisch. Damals schienen sie jedoch erreichbarer als heute. Heute sprechen wir jedoch nicht über Mittelfristigkeit, über irgendwann und irgendwo, sondern beim Rat in Kopenhagen – wir sind gespannt, was Sie heute Abend mit Jacques Chirac besprechen – wahrscheinlich über den 1. Januar 2004. Die Türken werden natürlich Erwartungen mit diesem Tag verbinden. Wenn man so meilenweit in der politischen Struktur von dem entfernt ist, was man in Europa – auch im Verfassungskonvent – unter dem politischen gemeinsamen Europa versteht, dann darf und kann man solche Angebote nicht machen. Ich halte das für unverantwortlich. Das hat mit Wahlkampf überhaupt nichts zu tun.

Bauen Sie doch mal eine Kirche in der Türkei und sehen Sie sich den Umgang mit Minderheiten an

Über die Grünen wundere ich mich wirklich. Sehen Sie sich das doch einmal an. Bauen Sie doch einmal eine Kirche in der Türkei. Sehen Sie sich einmal den Umgang mit Minderheiten und das Frauenbild an.

Glauben Sie, in den nächsten zwölf Monaten wird sich dort etwas verändern? Meine Damen und Herren, wir nehmen gerade zehn neue Länder in die Europäische Union auf. Die Menschen müssen der Politik folgen können. Es hilft der Türkei nicht, wenn wir sagen: Nur weil ihr nicht das richtige Angebot bekommt, haben wir Verständnis dafür, wenn euer politischer Prozess nicht vernünftig läuft.

Es kann nicht zum Prinzip der Europäischen Union werden – das sage ich noch einmal in allem Ernst –, dass ein Land, wenn man ihm einen Gefallen nicht tut, sich falsch entwickelt. Ein Land muss seinen Demokratisierungsprozess einzig und allein aus sich selbst heraus schaffen. Ansonsten ist das Fundament auf Sand gebaut. Davon bin ich zutiefst überzeugt, Herr Bundeskanzler.

Es wäre kein einziger Inspekteur im Irak, wenn man nach deutschem Gusto verfahren wäre

Die außenpolitischen Probleme mit Amerika sind natürlich überhaupt nicht geglättet. Sie schmücken sich jetzt mit der UN-Resolution, Sie schmücken sich mit Kofi Annan. Kofi Annan war beim amerikanischen Präsidenten und hat das Vorgehen besprochen. Es wäre kein einziger Inspekteur heute im Irak, wenn man nach deutschem Gusto verfahren wäre. Diese Entwicklung ist Amerika zu verdanken und sonst niemandem.

Was die Verlässlichkeit im Verhältnis zu Amerika angeht, gibt es erhebliche Zweifel. Alle spannenden Fragen sind offen. Ich hoffe genauso wie Sie, dass es im Irak zu keinem Krieg kommt. Aber wenn es dazu kommt, ist doch überhaupt nicht klar, wie in der Bundesregierung bei den einzelnen Fragen vor-

gegangen wird. Wie wird es denn mit den Spürpanzern werden – Anruf in Deutschland, Warnung über Amerika: biologischer Alarm oder chemischer Alarm? Was macht dann der deutsche Spürpanzer? Darf der Soldat darin seinem amerikanischen Kameraden helfen oder darf er es nicht? Wen muss er fragen? Wer entscheidet?

Die Meinung der Union: Wir werden amerikanischen Soldaten immer helfen

Sagen Sie uns beizeiten, wie Sie sich das alles vorstellen. Es besteht ein großer Wirrwarr, weil Sie Ihre falschen Wahlversprechungen aufrechterhalten wollen und falsche Brandmauern ziehen. Zumindest die Meinung der Union ist: Wir werden amerikanischen Soldaten immer helfen. Überlegen Sie sich einmal, wie es sich mit der Verlässlichkeit bei einem ganz einfachen, aber entscheidenden Projekt verhält. Wenn wir möchten, dass Europa im Verhältnis zu Amerika auch eigene Interessen vertreten kann, dann brauchen wir in Europa eine eigenständige militärische Rüstungsentwicklung.

Jetzt sehen Sie sich einmal die Geschichte – fast hätte ich gesagt: die Skandalgeschichte – zur Beschaffung des Transportflugzeuges A400M an, geschmückt mit unseren Gängen zum Bundesverfassungsgericht. Ganz Europa wird danken, wenn sich endlich nach Monaten die deutsche Regierung dazu durchringt, eine abschließende Zahl für diese Transportflugzeuge zu nennen. Wir haben die Nerven und die Bereitschaft der europäischen Rüstungsindustrie bei diesem einen öffentlich bekannt gewordenen Punkt bis aufs Äußerste gespannt. Ich will nicht wissen, bei wie vielen Projekten wir europäische Initiativen versäumen, weil

Deutschland eben keine Steigerung beim Verteidigungsetat hat. Eine solche Steigerung muss es in Deutschland geben, damit dieses Land in Europa und in der Welt mithalten kann.

Deshalb ist Verlässlichkeit innenpolitisch und außenpolitisch so wichtig. Roman Herzog hat nicht ohne Bedacht gesagt, wir hätten in Deutschland eine handfeste Vertrauenskrise. Wir haben nicht nur Politikverdrossenheit, sondern wir haben eine Krise des Vertrauens in Deutschland.

Ohne das Vertrauen der Bürger werden Sie keinen einzigen Bürger davon überzeugen, dass Veränderungen in unserem Land notwendig sind. Wenn Sie wirklich ein einsichtiger und großer Bundeskanzler hätten werden wollen, dann hätten Sie sich heute hier hingestellt, hätten sich bei den Deutschen für Ihren Wahlbetrug entschuldigt und hätten gesagt, Sie beriefen sich auf den Sachverstand und Sie seien bereit, mit der Opposition jedes Jahr einmal zu messen, wie weit Deutschland vorangekommen sei. Dann hätten wir es nicht nötig gehabt, noch einmal das auf die Tagesordnung zu bringen, was wir im Untersuchungsausschuss auf die Tagesordnung bringen müssen.

Ich sage ganz klar: Wir kämpfen mit diesem Untersuchungsausschuss dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einen Wahlkampf, wie sie ihn zuletzt erlebt haben, und solche Momente gespielter Überraschung am Tag nach der Wahl nicht wieder erleben müssen. Das ist unser Ansinnen. Wir müssen Ihnen mit diesem Untersu-

chungsausschuss auf den Zahn fühlen und herausbekommen, was Sie gewusst haben, ob Sie gelogen, betrogen oder Wahrheiten verschwiegen haben. Wir werden dort ohne Schaum vorm Mund ganz sachlich und auf die Zukunft ausgerichtet reden.

Demokratie braucht starke Charaktere, starke Persönlichkeiten

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Gerhard Schröder enden. Er hat in einer bemerkenswerten Rede gesagt:

Demokratie braucht starke Charaktere, starke Persönlichkeiten. Nicht Stärke, sondern Schwäche kommt zum Vorschein, wenn Politiker dem Bürger, dem Wähler nicht zutrauen, dass er die Wahrheit verträgt. Ein derartiges Verhalten greift die Wurzeln der Demokratie an, es ruiniert Glaubwürdigkeit und Vertrauen, ohne die die Demokratie nicht leben und funktionieren kann.

Ich hätte mir gewünscht, Gerhard Schröder wäre wie dieser Gerhard Schröder. Aber leider sagte dies der von der CDU gestellte Außenminister Gerhard Schröder vergangener Jahre. Dem heutigen Bundeskanzler Gerhard Schröder kämen solche Aussagen nicht über die Lippen. Er ist heute nicht jener Gerhard Schröder, sondern der Bundeskanzler, der von einer ziemlich unfähigen Fraktion getragen wird.



Deutschland hat in diesen Tagen eine Sehnsucht nach Führung, nach Verlässlichkeit und vor allem – das wäre erst einmal ein Beginn – nach Wahrnehmung der realen Situation, wie sie in unserem Lande besteht. Bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, haben die heute verkündeten Arbeitslosenzahlen überhaupt keine Rolle gespielt. Ich weiß nicht, ob die 4 Millionen Menschen Sie interessieren. Ich weiß nicht, was in Ihnen vorgeht – das muss ich Sie ganz ehrlich fragen –, wenn es heute über 200 000 mehr sind als vor einem Jahr. Ich weiß nicht, ob Sie sich innerlich damit auseinandersetzen, dass der Anstieg gegenüber Oktober dreimal so hoch war wie sonst im Durchschnitt der letzten zehn oder 20 Jahre. Das interessiert aber die Menschen. Sie haben aber langsam einen Tunnelblick in Bezug auf das, was die Realität in diesem Lande ausmacht.